

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich, rein Post 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,70 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U / Geschäftsstelle u. Expedition: Mittelbühnenstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18694 / Dresdener Verlagsgesellschaft: Schillerstr. 2 / Dresden-U. Mittelbühnenstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

5. Jahrgang Dresden, Dienstag den 19. Februar 1929 Nummer 42

Reformisten mit Polizei gegen die Opposition

Gewaltfame Abjektung einer Bergarbeiter-Ortsverwaltung

Ausschüsse revolutionärer Gewerkschafter durch Salaten der Koalitionspolitik

Essen, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes Kellinghausen hatte bekanntlich ein Kampfprogramm angenommen, in dem zur Ausnahme des Kampfes um den Siebenstundentag und die von der Opposition aufgestellte Lohnforderung am 1. Mai aufgeföhrt wurde. Ferner forderte die Bergarbeiterzahlstelle, daß nur revolutionäre Kandidaten für die kommende Betriebsrätewahl aufgestellt und vorbereitende Kampfschritte gewählt werden. Dieses Kampfprogramm hat nunmehr der Hauptverband des Bergarbeiterverbandes mit einem niederträchtigen Spaltungsvorhaben gegen diese Zahlstelle beantwortet:

Am Sonntag vormittag erschienen 2 Angestellte des Bergarbeiterverbandes in der Wohnung des Hauptstellers Genossen Stehlin, Kellinghausen, und forderten ihn auf, das gesamte Verbandsmaterial herauszugeben. Leider ließ sich der Genosse überzumpeln. Später versuchten die zwei Reformisten daselbst beim 1. Vertrauensmann, Genossen Nagel, dieser weigerte sich. Darauf legten die zwei einen Brief des Hauptverbandes vor, der die Abjektung der bisherigen Ortsverwaltung mittelst. An Stelle dieser Ortsverwaltung sollte der Hauptverband eine kommissarische Leitung ein.

Die Amtsenthebung der Leitung erschien dem Hauptverband nicht weitgehend genug zu sein, denn er wählte, daß hinter den von ihm gewählten oppositionellen Kollegen der gesamte Mitglieder- und Funktionärskörper von Kellinghausen steht. Darauf verfügten die Reformisten, daß sämtliche Funktionäre der Zahlstelle abzuweichen sind und drohte ihnen, daß, falls bis Montag das gesamte Material dem Verband nicht abgegeben werde, der Betriebsausschuss mobilisiert werden würde.

Ihren Höhepunkt erreichte die reformistische Spaltungsoffensive in der für Sonntag einberufenen freigezwirklichen Versammlung der Schachanlage Gottfried Wilhelm (Zahlstelle Kellinghausen). Dank der guten Beziehungen des Bergarbeiterverbandsbürokraten Nagel war die Polizei vor dem Versammlungsort postiert, um die Reformisten vor dem Forum der Mitglieder zu schützen. Der Reformist Brenner eröffnete die Versammlung mit der Mitteilung, daß die bisherigen leitenden Genossen Engel und Nagel ohne Verfahren aus dem Verband ausgeschlossen seien und gegen viele andere Genossen ein Ausschlußverfahren schwebt. Der Reformist forderte die gesamten Genossen auf, sofort das Lokal zu verlassen, widrigenfalls er Polizei mobilisieren und die Genossen wegen Hausfriedensbruch verhaften würde.

Erregte Protestrufe erschollen aus der Versammlung. Genosse Engel forderte alle oppositionellen Kollegen auf, die Versammlung unter Protest zu verlassen, um nicht den Reformisten die geplante Polizeiprozession zu ermöglichen. Die übergroße Mehrheit der Anwesenden folgte der Aufforderung, und es formierte sich bald darauf in einem anderen Lokal eine Versammlung der oppositionellen Mitglieder. Inzwischen kamen auch die Bergarbeiter aus der reformistischen Versammlung hinzu. Es entspann sich eine außerordentlich lebhafte Debatte, an der sich 30 Bergarbeiter beteiligten. Es wurde darauf beschlossen, zu den Betriebsrätewahlen eine Liste der Opposition aufzustellen. Alle anwesenden Bergarbeiter waren sich einig darüber, daß bei den Betriebsrätewahlen gründliche Abrechnung mit den Reformisten gehalten werden müsse.

Während Ulrich in Berlin die Aufgabe hat, die oppositionellen Metallarbeiter aus dem DVB hinauszumerken, beauftragt der Hauptverband des Bergarbeiterverbandes seine Getreuen im Ruhrgebiet, mit den oppositionellen Zahlstellen Schritt zu machen. Die Vorgänge in Kellinghausen bilden den Auftakt der neuen Spaltungsoffensive der Reformisten zur Durchsetzung ihres sozialimperialistischen Kurses. Während Scheffel vom Eisenbahnerverband seinen Vorstoß gegen die Opposition in Ostpreußen, Oberschlesien und im Saargebiet unternahm, um die dortigen revolutionären Betriebsräte zu beseitigen, die ein Hindernis in der Durchführung der Pläne der Sozialimperialisten darstellen, soll durch die Auflösung von oppositionellen Bergarbeiterzahlstellen im Ruhrgebiet der Weg freigemacht werden, um den sozialimperialistischen Kurs der Bergarbeiterverbandsbürokratie widerstandslos durchzuführen zu können.

Am 1. Mai läuft der Lohnvertrag der Ruhrbergarbeiter ab, der für 365 000 Bergarbeiter Gültigkeit hat. H. J. M. a. n. n., eine der getreuesten Stützen der Müller-Seyewitz-Regierung und Verfechter der Großen Koalition, hat in Verbindung mit dem christlichen Bergarbeiterverband und dem Reichswirtschaftsminister Curtius die Bedingungung des Lohnvertrages am 1. April be-

schlossen. Der Kampf der Bergarbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen soll genau so wie der Kampf der Eisenbahner unterbunden werden. Daß die Bergarbeiter nicht gewillt sind, diesem Vorgehen zu folgen, haben die zahlreichen Belegschaftsversammlungen und die dort angenommenen Entschlüsse bewiesen. Die Kellinghausener Bergarbeiter beantworteten die Spaltungsoffensive der Hülsmänner damit, daß sie beschlossen, eine revolutionäre Liste für die Betriebsrätewahlen aufzustellen.

Revolutionärer Aufstand in der Provinz Kwantung

Sowjetmacht durch „rote Panzer“ ausgerufen

Peking, 19. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Nach Schanghaier Zeitungsberichten ist im Norden der Provinz Kwantung ein Aufstand entstanden. Bewaffnete Bauerntrupps haben unter heftigen Kämpfen mit den dort garnisonierenden Truppen die Stadt Singan erobert und die Sowjetmacht proklamiert. Eine Anzahl reicher Grundbesitzer weigerte sich, den Befehlen der Sowjetmacht nachzukommen und wurde deshalb erschossen. Die Aufständischen haben alle öffentlichen Gebäude der Stadt besetzt. Sie verfügten die Beschlagnahme sämtlicher Vorräte der reichen Grundbesitzer. In einem Dekret wird die unverzügliche Aufteilung des Bodens unter den armen Bauern angekündigt. Insgesamt sollen an dem Aufstand 10 000 Mann beteiligt sein und die Grenze der Provinz Kwantung nach dem Norden bereits überschritten haben. Die Kantingregierung hat Truppen nach dem Aufstandgebiet entsandt, um die Aufständischen niederschlagen zu können.

Die Kantingregierung hat Truppen nach dem Aufstandgebiet entsandt, um die Aufständischen niederschlagen zu können.

Neuer kommunistischer Wahlerfolg in Frankreich

Die Kantonalwahlen in Argenteuil für den Generalrat des Departements Seine-Oise brachten den Kommunisten einen bedeutungsvollen Erfolg. Der Vertreter der Kommunisten erhielt 4605 Stimmen, der der „Republikanischen Union“ 4235 und der der „Republikanisch-Demokratischen Union“ 1638. Es finden Stichwahlen statt, wobei sich die bürgerlichen und reformistischen Gruppen gegen die Kommunisten vereinigen werden, um diese zu schlagen.

Löbes neue verschärfte Polizeimaßnahmen gegen die kommunistische Reichstagsfraktion

Mitte Januar hielt er der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe für angebracht, vor der großkapitalistischen deutschen Presse in einem Vortrag über sogenannte Polizeiformen „perfektierte und veredelte Polizeimaßnahmen“ gegen die Kommunisten anzukündigen. Wie diese perfektierten und veredelten Polizeimaßnahmen aussehen sollten, zeigte Löbe durch seine brutale, diktatorische und willkürliche Geschäftsführung gegen die Kommunisten. Die Ereignisse in der vorletzten Woche sind bekannt. Am Montag früh ließ Löbe durch einen Bureaubeamten des Reichstages der kommunistischen Fraktion mitteilen, daß er von neuem den Entzug der Tribünenkarten für die kommunistische Fraktion angeordnet habe. Da diese Polizeimaßnahme ohne jegliche Begründung gegeben wurde, ersuchte die kommunistische Fraktion um eine schriftliche Begründung. Jedoch beziehungsweise ohne Erfolg.

Koalitionregierung Hermann Müller und der sozialdemokratischen Fraktion zurückzuführen ist.

Die kommunistische Fraktion protestiert aufs schärfste gegen diese gegen die Arbeiterklasse gerichtete Geschäftsführung des Reichstagspräsidenten und überläßt im übrigen das Urteil über diesen offenen Mißbrauch der Präsidentenmacht im Reichstage der werktätigen Bevölkerung selbst.

Nach diesen Vorgängen bezweifelte Genosse Stoeder bei Eintritt in die Tagesordnung die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da das Haus nicht beschlußfähig war, schloß Löbe die Sitzung und berief eine Sitzung auf 10 Minuten später ein. In dieser zweiten Plenarsitzung bezweifelte Genosse Stoeder erneut die Beschlußfähigkeit. Obwohl der Reichstag bisher nicht beschlußfähig war, erklärte Löbe, daß das Reichstagspräsidium sich einig sei, daß das Haus beschlußfähig sei. Genosse Torgler, der dem Präsidenten „Inerhörte Schleichung“ zuruft, erhält darauf einen Ordnungsruf.

Die kommunistische Fraktion wird das Vorgehen Löbes erneut im Weltentrat des Reichstages zur Sprache bringen. Je mehr die Sozialdemokraten mit ihrer Koalitionspolitik in Schwierigkeiten kommen, desto schärfer und rücksichtsloser ist ihr Vorgehen gegen die Kritik der einzigen Oppositionspartei, der Kommunisten, die ihren Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse selbstverständlich trotz aller Schikanen Löbes rücksichtslos fortzuführen wird.

Troßki unter Löbes Protektorat

Löbe befürwortet Troßkis Einreise nach Deutschland
Reichstagspräsident Löbe hat am Montag abend folgenden Telegramm erhalten:

Paris, 18. Februar.
Mich auf Ihre Ansprache im Reichstag am 6. Februar berufend, ersuche ich das hiesige deutsche Konsulat um bestreufende Bewilligung.
Leo Troßki

Der Reichstagspräsident Löbe hat diese Bitte Troßki befürwortend an den Reichsanzler weitergegeben. Gerade die Befürwortung Löbes ist für jeden denkenden Arbeiter ein Zeichen, wie tief Leo Troßki gesunken ist, um zum „Schützling“ des deutschen Sozialpatrioten Löbe zu werden.